Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No
Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 28. November 2019

Ruhe vor dem Sturm

Die Parlamentswahlen 2019 sind nun Vergangenheit. Offiziell herrscht Totenstille zwischen Brüssel und Bern. Hinter den Kulissen werden aber Seilschaften geknüpft und Absprachen getroffen, die uns schleichend in die EU führen werden.

Parteien und Bundesrat schweigen sich aus

Über das wohl einschneidendste Ereignis unserer Zukunft schweigen sich die grossen Parteien der Schweiz und der Bundesrat alle aus. Seit fast einem Jahr liegt der Vertragstext der Öffentlichkeit vor. Veränderung hat es dabei keine gegeben. Globalisten, Grossunternehmen und Verbandsfunktionäre wollen den Bundesrat zu einem schnellen Abschluss des Rahmenabkommens bringen. Es ist ein Eiertanz für die Regierung. Der Bundesrat sprach von einer Unterzeichnung des Rahmenabkommens bis spätestens Ende Jahr. Diese Unterschrift könne aber nur vollzogen werden, wenn «Präzisierungen» gemacht würden. Gewisse Leute sprachen von «zusätzlichen Verhandlungen». Brüssel lehnt dies kategorisch ab. Viel Uneinigkeit herrscht im Bundeshaus, was das Rahmenabkommen betrifft. In einem Punkt sind sich aber alle einig. Man will inzwischen den Ausgang der SVP-Begrenzungsinitiative im neuen Jahr abwarten. Über diese soll voraussichtlich kommenden Mai an der Urne abgestimmt werden.

Die Seilschaften im Schatten des Polittheaters

Im Schatten des Polittheaters tut sich aber inzwischen einiges. Mehrere geheime Arbeitsgruppen setzen sich offenbar mit den offenen Fragen rund ums Rahmenabkommen auseinander:

1. Zum Beispiel wird die Frage des Unionsbürgerrechts diskutiert, mit welchem der Anspruch auf Sozialleistungen für EU-Bürger weiter ausgebaut würde.
2. Beim Lohnschutz müsste die Schweiz auch weitere Anpassungen und Eingeständnisse gegenüber EU-Brüssel vornehmen. Hierbei sind die Gewerkschaften gar nicht erfreut und momentan zu keinen Zugeständnissen bereit. Sie wollen, dass die Massnahmen nicht unter den Passus der dynamische Rechtsentwicklung und unter die Kompetenz des EU-Gerichtshofes fallen.
3. Staatliche Unterstützungen und zum Beispiel Staatsgarantien für Kantonalbanken wären nicht mehr tragbar. Das EDA konnte bis jetzt die Kantone nicht beschwichtigen.

Linksrutsch im Bundeshaus ändert wenig

Linke Politiker sehen den Bundesrat in der Verantwortung. Er soll die Nachverhandlungen erfolgreich zu Ende führen. Die SVP-Spitze rechnet damit, dass nach der Begrenzungsinitiative die restlichen Parteien einknicken werden und den Vertrag unterschreiben. Mit einer zeitlichen Schonzeit rechne man, aber das Resultat bleibe das gleiche: ein Unterjochungsvertrag, bleibt ein Unterjochungsvertrag.

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Es erstaunt, dass zur gleichen Zeit auch EU-freundliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier zusammen mit dem EU-Parlament eine Einigung anstreben. Es wurde ein sogenannte Road-Map unterzeichnet und veröffentlich. Man wolle die Beziehungen retten und eine Eskalation verhindern. Es gilt hierbei dringend zu sagen, dass einzig die EU auf eine Eskalation hinarbeitet und immer wieder mit Drohungen und Druckmitteln kommt. Seit dem missglückten Druckversuch mit der Börsenäquivalenz ist es jedoch auch von EU-Seite ruhiger geworden, zumal eine neue EU-Kommission installiert werden musste. Wenn diese ab Dezember steht und operativ wird, werden die Ränkespiele um das Rahmenabkommen wieder in Gang kommen. Es wird im Hintergrund auf eine rasche Unterzeichnung nach der Begrenzungsinitiative hingearbeitet.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt